

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 11

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag, und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mk. 1.00 pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln,
den 15. März 1929.

Anzeigenpreis für die viergesp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellenangebote und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Verlag befinden sich Köln, Benloewwall 9; Telefonruf West 51546. — Redaktionschluss ist Samstag-Mittag.

30. Jahrg.

Schule und Bildung.

Nur ein geistig Einfältiger wird den Satz des alten Philosophen nicht begreifen, der da meinte: „Ich weiß nur eines, nämlich, daß ich nichts weiß.“ Wir mögen noch so alt werden, noch soviel kennen und können, über noch soviel Klugheit und Erfahrung verfügen, wir sind nie davor gefeit, neu auftretenden Situationen völlig unwissend und ratlos gegenüberzustehen. Ganz abgesehen davon, daß von dem Gesamtwissensgut der Gegenwart, das schon an sich, gemessen an der schöpferischen Urkraft, Stückwerk ist und bleibt, selbst der sogenannte Gebildete nur einen geringen Bruchteil persönlich erarbeitet und verwendbar gemacht hat. Diese elementare Erkenntnis steckt jeglicher Schulung ihre gegebenen Grenzen. Sie kann und darf nur den einen Zweck haben und hat nur dann für den einzelnen, wie für die Allgemeinheit Wert und Sinn, wenn sie sich konzentriert auf das Wesentliche, wenn sie dem Menschen Anreiz und Möglichkeit gibt, alle jene Anlagen, Fähigkeiten und Kräfte zu entfalten, die in ihm schlummern und die ihn zu einem zufriedenen und brauchbaren Mitgliede der Menschengemeinschaft machen. Sie muß dem Menschen das notwendige Rüstzeug für das bestmögliche Bestehen in der Werktagarbeit mitgeben. Das ist das Primäre. Alles darüber hinaus Wissenswerte ist gut und schön, aber es muß sich um den Werktag gruppieren. Und so sehr es für die harmonische Entwicklung des ganzen Menschen sich als unentbehrlich erweist, bleibt es gegenüber dem primären Notwendigen immer das sekundäre Förderliche, das dem Werktag Licht, Freude und Anregung gibt, diesen aber weder ersetzen noch ungestraft verdrängen darf.

Unser gesamt „Bildungsbetrieb“ krankt heute an einer Überspannung des Allgemeinwissens. An der Absolvierung der „höheren“ Schule mißt man schlechtweg den Wert oder Unwert des Menschen. Praktisches Können wird der schulischen Berechtigung untergeordnet. Der technisch Begabte ist gezwungen, wertvollste Jahre für das Erlernen eines Wissensballastes hinzugeben, mit dem er nichts anzufangen weiß und den er später möglichst schnell wieder zu vergessen trachtet. Aber er braucht die „Berechtigung“ als Sprungschance, die die unsinnige Bildungspychose der Gesellschaft vor ihm aufrichtete, ohne deren korrekte Überwindung er nicht zu seinem ihm liegenden praktischen Berufe gelangen kann. Ganz abgesehen von den vielen, die an dieser Klippe scheitern, deren Eltern nicht das notwendige Kleingeld aufzubringen vermögen und die nun in einem ungeliebten Berufe an sich selbst und dem Leben verzweifeln, während sie im anderen Falle Wertvollstes zu leisten imstande gewesen wären. Wer heute in Deutschland etwas „werden“ will, muß die höhere Schule absolvieren, zum mindesten aber die „mittlere Reife“ nachweisen. Wer gegen diesen offensibaren groben Unfug ankämpft, steht einer Phalanx von Bildungsfanatikern und Berufsangehörigen gegenüber, die aus Gründen einer höheren gesellschaftlichen und gehaltlichen Eingruppierung ihres Berufes den Weg zum Berufe verbarrikadieren und ihn dadurch, gewollt oder ungewollt, zu einem Vorrecht des Besitzes stampeln. Gerade der Umstand, daß ein Beruf nicht soviel gilt, als er in sich wertvoll ist für die Allgemeinheit, sondern nur soviel, als er Stufen zählt, ehe man ihn erlernen kann, zeigt die Hohlheit und Aufgeblasenheit des Berechtigungsimmels, der das hohe Können praktischer Begabter geringere einschätzt als abgestempeltes Schulwissen. Die Zeit des untergehenden Jungtums wird in ihrem ganzen Widersinn wieder lebendig. Die höheren Schulen sind katastrophal überfüllt, und die Volksschule wird immer mehr zur Armeeleutenschule degradiert. Wie sehr das falsche Bildungsideal in unserem Volke sich eingenistet hat, ergibt sich daraus, daß selbst Kreise, die eine Reform unseres Schul- und Berechtigungswesens für dringend notwendig halten, die rechte Bewertung der Volksschule nur durch ein neuntes oder gar zehntes Volksschuljahr, das freiwillig oder obligatorisch die theoretische Wissensübermittlung fortsetzen soll, glauben herbeiführen zu können.

Ein neuntes Schuljahr wäre nur im Anschluß an die Berufsschule sachlich berechtigt und zweckdienlich. Eine Aufstockung auf die Volksschule vermehrt lediglich die Bildungsinflation. Sie wird die erhoffte Gleichbewertung der Volksschule niemals bringen und, sofern sie obligatorisch ist, die Berufslehre unnatürlich hinauszögern, sofern sie freiwillig ist, eine neue

Berechtigungsstufe einschalten. Sie hat eine gewisse Berechtigung in Zeiten starker Erwerbslosigkeit, in normalen Zeiten jedoch ist sie das denkbar schlechteste Mittel zur Herbeiführung einer Schulreform. Diese Reform kann nicht durch Palliativmittel erreicht werden. Sie bedingt eine grundsätzliche Umwertung des Schulsystems und des Berechtigungswesens. Man gebe jedem Berufe die schulische Ausbildung, die er braucht. Das heißt, scheidet nach vier oder fünf gemeinsamen Grundschuljahren die praktisch Begabten von den wissenschaftlich Begabten. Unter letzteren sind zu verstehen die für die alten akademischen Berufe (Theologie, Philologie, Jura, Medizin) Befähigten. Diese, aber auch nur diese, sind auf die sogenannten höheren (besser: wissenschaftlichen) Schulen überzuführen, wobei einzig die Befähigung und des Willen des Schülers, nicht aber der Geldbeutel des Vaters, mitsprechen hat. Die Schule der praktisch Begabten bleiben die oberen Klassen der Volksschule, die sich entsprechend umstellen muß und vielleicht als Werksschule bezeichnet werden kann. Die höheren Schulen für die praktisch Begabten sind dann die Berufsschule und die höheren Fachschulen, in die die besten Berufsschüler aufrücken können und in denen neben dem beruflichen Wissen auch Mathematik, Naturwissenschaft, fremde Sprachen, Zeit-, Literatur- und Kunstgeschichte gelehrt werden müssen. Die höheren Fachschulen sind so auszubauen, daß ihre Absolvierung die Berechtigung (Abiturium) zum Besuche der tech-

nischen Universitäten gibt, wie die alten höheren Schulen die Berechtigung zum Besuche der wissenschaftlichen Universitäten verleihen.

Man hat so oft von einem Aufstieg der Begabten geredet. Hier ist ein Weg, der am ehesten zum Ziele führt und der die größte Gewähr dafür gibt, daß die Tüchtigsten im Berufe auch zu den höchsten Stellen des Berufes (Techniker, Ingenieur, Architekt, Fabrikdirektor usw.) aufrücken können. Auf der anderen Seite wird dadurch die Gleichberechtigung der wissenschaftlichen Schulen mit den Praktikerschulen hergestellt und die tatsächliche Gleichbewertung der Volksgenossen angebahnt. Das Berechtigungswesen, das an sich nicht zu entbehren ist, wird auf eine vernünftige Basis gestellt, die Berufsausbildung ist das Primäre, und es gehen nicht mehr wertvolle Jahre verloren für die Aneignung unproduktiven Wissensballastes. Man verstehe nicht falsch. Allgemeinwissen ist nützlich und gut. Aber das Wichtigste und Notwendigste für den Menschen ist doch das Rüstzeug zum Bestehen des Werktages, abgesehen davon, daß der Beruf die stärkste Erlebnismwelt für den Menschen ist, und daß er aus dem Berufe heraus das nützliche und wertvolle Allgemeinwissen am fruchtbarsten und leichtesten zu begreifen imstande ist.

Bei einer solchen Ausbildung wird die Zahl der zufrieden schaffenden Menschen ganz bestimmt zunehmen und das Wort: „Freie Bahn dem Tüchtigen“ findet seine praktische Verwirklichung.

Unzulängliche Schlichtungskritik der Arbeitgeber.

Der Kampf um das Schlichtungswesen in Deutschland geht weiter. Wir müssen uns daran gewöhnen, ebenso wie wir uns daran gewöhnt haben, daß es in der kapitalistischen Wirtschaft immer wieder Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gibt über Lohnhöhe und Arbeitsbedingungen. Solange das Schlichtungswesen ein Instrument der Lohnpolitik bleibt, werden alle Parteien gleichzeitig niemals mit ihm zufrieden sein. Das ist ein ganz natürlicher Zustand, und wir werden uns darum auch damit abfinden müssen, daß in Zeiten umfangreicher Lohnkämpfe auch das Schlichtungswesen am meisten umstritten sein wird.

Daraus folgt aber noch lange nicht, daß ein so umstrittenes System auch schlecht ist und daher geändert werden müsse. Die Öffentlichkeit darf sich daher durch die Hochflut an kritischen Artikeln über das Schlichtungswesen nicht stören lassen. Soweit der Einfluß der Arbeitgeber in der Presse reicht — und leider reicht er sehr weit — werden kritische Artikel über das Schlichtungswesen immer wieder erscheinen, wenn die Unternehmer glauben, ohne ein solches System bei den Auseinandersetzungen über Löhne und Arbeitsbedingungen besser zu fahren.

Das wird uns natürlich nicht abhalten, ernsthafteste Einwände immer zu prüfen. Uns liegt ja nichts daran, Gesetze und Paragraphen um ihrer selbst willen aufrecht zu erhalten, sondern uns liegt daran, daß dafür gesorgt wird, daß die Arbeitnehmer in der deutschen Wirtschaft einen Lohn erhalten, wie ihn die Wirtschaft tragen kann und wie er zur Erhaltung eines kulturwürdigen Lebensstandards notwendig ist.

Obwohl das letzte Reichsarbeitsgerichtsurteil, dessen wesentlichstes Merkmal darin besteht, daß der sogenannte „Einmann-Schiedspruch“ für ungültig erklärt wird, durch einen juristischen Spruch das Wesen unseres Schlichtungssystems ein wenig verändert hat, und obwohl sich an diesen Rechtsstreit lange und ausführliche juristische Diskussionen angehängen haben, ist das Schlichtungssystem kein Problem des Rechtswesens, sondern der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Jede ernsthafteste Kritik muß daher von der Sozial- und Wirtschaftspolitik ihren Ausgang nehmen. Prüft man daraufhin z. B. das Sonderheft der Zeitschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände („Der Arbeitgeber“ vom 1. Februar 1929), das dem Schlichtungswesen gewidmet ist, und als repräsentative Stellungnahme der deutschen Arbeitgeber anzusehen ist, so findet man, daß die Kritik vom sozial- und wirtschaftspolitischen Standpunkt aus außerordentlich dürftig fundiert ist. Eigentlich befaßt sich nur ein einziger Aufsatz in dem ganzen Heft, nämlich der Artikel von R. Brauweiler „Schlichtungsreform“, mit dem Gegenstande, auf den

es wirklich ankommt. Herr Brauweiler (der Geschäftsführer der Vereinigung) stellt z. B. die Frage, wie sich die Löhne in Deutschland mit höchster Wahrscheinlichkeit ohne das staatliche Lohn dikta entwickelt hätten, und beantwortet sie mit der Behauptung, daß dann eine wesentlich größere Differenzierung der Löhne und eine bessere Anpassung an die verschiedenen Leistungsfähigkeiten der einzelnen Wirtschaftszweige und -gebiete stattgefunden haben würde. Er fährt fort: „Damit wären viele Zusammenbrüche vermieden geblieben, und nicht zuletzt zum Nutzen der Erhaltung der Arbeitsgelegenheit für die Arbeiter-schaft“.

Auch wir meinen, daß diese größere Differenzierung der Löhne ohne unser heutiges Schlichtungssystem stattgefunden hätte. Wir sind aber der Ansicht, daß eine solche Differenzierung weder als wünschenswert und zweckmäßig, noch als sozial und gerecht angesprochen werden kann. Wir verlangen, daß die Löhne in erster Linie gestuft sein sollen nach der Anstrengung und nach der Qualität, die die einzelne Arbeitsleistung erfordert. Der Sinn der kapitalistischen Wirtschaft, nämlich die produktivste Bewertung eines jeden Produktionsfaktors, wird ja in der Hauptsache dadurch erfüllt, daß für Waren und für Arbeitsleistungen ein zusammenhängender Markt besteht, auf dem für gleiche Produkte und für gleiche Leistungen sich ein gleicher Preis bildet. Die Unvollkommenheit des Arbeitsmarktes im ökonomischen Sinne besteht zweifellos darin, daß sich für gleiche Leistungen ungleichartige Preise, d. h. Löhne herausbilden können. Das ist deshalb möglich, weil die menschliche Arbeitsleistung in der Regel als Beruf in Erscheinung tritt und ein Ausgleich von einem Industriezweig zum andern, aber auch ein Wandern der Arbeiter von einem Ort zum andern, erheblich erschwert wird. Darum kann es selbst bei völlig freiem Arbeitsmarkt vorkommen, daß in den einzelnen Industriezweigen selbst bei ähnlicher Anstrengung und sonstigen Arbeitsbedingungen sich ungleichartige Löhne erhalten. Die Unternehmer halten es für ganz selbstverständlich, daß Kapitalanlagen nach dem Gesichtspunkt der höchstmöglichen Rentabilität gemacht werden. Jeder Kaufmann wird seine Ware da verkaufen, wo er den besten Preis bekommt. Der Marktmechanismus sorgt so bei Waren und Kapital für eine Ausgleichstendenz der Gewinne und für gleichartige Preise für gleiche Waren. Er versagt aber bei der Preisbildung für Arbeitskraft.

Für die bestmögliche wirtschaftliche Bewertung der Arbeitskraft wird daher nur gesorgt, wenn die Schwierigkeiten der Angleichung der Löhne für gleiche Leistungen überwunden werden. Der freie Markt der Lohnpreisbildung kann diese Forderung nicht erfüllen. Es ist darum ein großes Verdienst unseres Schlichtungswesens und der gewerkschaftlichen Tarif-

politik, daß sie diese Angleichung der Löhne für gleichartige Leistungen gefördert haben. Damit wurde ein desorganisierendes und unrationelles Moment der freien Marktwirtschaft ausgeschaltet oder zum mindesten gemildert. Wie wir uns erinnern, hat Professor Röpke als einziger deutscher Gelehrter auf diese Vorteile des Schlichtungswesens und der Tarifvertragspolitik ausdrücklich hingewiesen. Es tut uns leid, daß wir soviel Raum brauchen, um diesen Irrtum Herrn Brauweilers richtigzustellen. Hier zeigt sich eben die alte Wahrheit, daß eine falsche Behauptung kürzer formuliert werden kann, als eine nicht ganz einfache, aber dennoch völlig unbestreitbare Wahrheit.

Es ist überhaupt schwer, die wirtschaftspolitischen Einwände der Arbeitgeber gegen die Wirkungen unseres Schlichtungssystems und der dadurch geförderten Lohnpolitik zu fassen. Juristen zeigen eben oft eine eigentümliche Art in der Behandlung wirtschaftspolitischer und insbesondere lohnpolitischer Probleme. So meint Herr Brauweiler in dem oben zitierten Aufsatz weiter, daß man in der Lohnpolitik doch keine polizeiliche Aufgabe vor sich habe, „sondern es handelt sich bei der Wirtschaft um einen Organismus, der seine eigenen, durch keine Einwirkungen von außen abzuändernden Gesetze in sich trägt. . . . Auf diesem Gebiete ist also der Staat, wenn er gewaltfam einzuwirken versucht, in der steten Gefahr, gegen die Gesetze der Wirtschaft zu verstoßen, besonders wenn ein Eingriff politisch beeinflusst und zweckbestimmt ist.“ Was soll man wiederum mit einer solchen blauen Kritik anfangen, die nicht nur oberflächlich ist, sondern einfach davon zeugt, daß der Verfasser wohl weiß, was er will (nämlich die Beseitigung der Verbindlichkeitserklärung), aber von dem Wesen des Gegenstandes, um den es sich handelt, nichts versteht. Welchen Sinn hätte überhaupt „Wirtschaftspolitik“, wenn die Wirtschaft, wie Herr Brauweiler behauptet, ein Organismus wäre, der seine „eigenen durch keine Einwirkungen von außen abzuändernden Gesetze“ in sich trägt. Das ganz fein abgestimmte System unserer Wirtschaftspolitik, d. h. jenes Handelns, das die Wirtschaft zu beeinflussen versucht, beruht auf der Einsicht, die von Wissenschaft und Praxis in jahrzehntelangem heißen Bemühen errungen worden ist, daß das Wirtschaftsleben sehr wohl Einwirkungen von außen zugänglich ist und daß solche Einwirkungen auch nützlich sein können und den wirtschaftlichen „Organismus“ nicht nur nicht zu schwächen, sondern zu stärken und vollkommener auszubilden imstande sind. Viele dieser Mittel, die „von außen“ zweckbestimmt in die Wirtschaft eingreifen werden ja auch von Unternehmer bejaht. Erinnern wir uns nur an die Zollpolitik des Staates.

Solche Eingriffe müssen selbstverständlich zweckbestimmt sein und man wird sie auch gemäß dem Sprachgebrauch politisch nennen müssen (daher Wirtschaftspolitik). Zu prüfen bleibt selbstverständlich, ob der Zweck, den man erreichen will, wünschenswert ist, und ob die gewählten Mittel zur Erreichung dieses Zweckes tauglich sind.

So gegliedert läßt sich eine erspriechliche Diskussion über das Problem des Schlichtungswesens führen. Das deutsche Schlichtungssystem hat zweifellos als Mittel der Lohnpolitik zu gelten. Als Ziel der Lohnpolitik können wir sogar den Satz unterschreiben, den Professor Dr. Adolf Weber in einem Leitartikel „Arbeitslohn und Zwangsschiedspruch in der „Sozialen Praxis“ (Heft 4 vom 24. Januar 1929) ausgesprochen hat, obwohl er in diesem Aufsatz sonst den lohnpolitischen Standpunkt der Unternehmer verteidigt. Er sagte: „Der Lohn wird ‚der Richtige‘ sein, der der Gesamtarbeiterschaft auf die Dauer den höchstmöglichen Vorteil bringt.“

Das deutsche Schlichtungssystem als Mittel zu diesem Zweck hat sich in den letzten Jahren im großen und ganzen bewährt. Eine Kritik, die so verfährt, wie wir am obigen Beispiele des Artikels von R. Brauweiler dargestellt haben, geht ins Blaue hinein und ist nicht imstande, eine zulängliche Begründung für eine Schlichtungsreform zu liefern. Erziehung der beiden Parteien des Arbeitskampfes zur Verantwortung und Versachlichung der sozialen Auseinandersetzungen ist auch innerhalb des bestehenden Schlichtungssystems möglich, das haben gerade die letzten Fälle freiwilliger Schlichtungsverfahren bewiesen.

Verbandsnachrichten. Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß für die Zeit vom 10. bis 16. März 1929 der 11. Wochenbeitrag im Jahre 1929 fällig ist.

Zeitzahlungen. Kassierer und Vertrauensleute schützen sich und den Verband vor Geldverlusten durch pünktliche und regelmäßige Einfindung vereinnahmter Beträge an die Hauptkasse.

Berichte aus den Zahlstellen.

München. Am 22. Februar hielt die Zahlstelle München des christlichen Holzarbeiterverbandes ihre diesjährige sehr gut besuchte Jahres-Generalversammlung im christlichen Gewerkschaftsheim ab.

Aus dem, gelegentlich unserer Generalversammlung vom Kollegen Röhle erstatteten Geschäfts- und Kassenbericht war zu entnehmen, daß die Zahlstelle im vergangenen Jahre sowohl finanziell wie auch in der Entwicklung der Mitgliederzahl sehr gut vorwärts gekommen ist. Die Versammlungen, wie auch die Fachkurse für Lehrlinge und Jugendliche, fanden großen Anklang bei den Mitgliedern und wiesen durchweg einen guten Besuch auf.

Leider hat auch die im vergangenen Jahre weiter durchgeführte Rationalisierung der deutschen Wirtschaft, der Arbeiterschaft nicht den Anteil am Wirtschaftsertrag gebracht, der ihr auf Grund ihrer Leistungen zusteht. Die Verbilligung der Preise wurde durch eine übertriebene Kartellpreispolitik und einen überspannten Markenartikelverkauf verhindert. Auf die Dauer werden die gesetzgebenden Körperschaften nicht daran vorbeikommen, in dieser Richtung zum Schutze der breiten Verbraucher-schichten Sicherungen zu schaffen.

Die Tarifbewegungen des vergangenen Jahres standen durchweg im Zeichen harter Kämpfe. Erwähnt sei vor allem auch der Kampf der Arbeitgeber gegen eine vernünftige Arbeitszeitregelung und gegen das staatliche Schlichtungswesen.

Die sozialpolitische Ausbeute des Jahres 1928 war sehr gering. Der sterbende Reichstag verabschiedete noch die Verbesserungen der Invaliden- und Angestelltenrenten. Der Ausbau des § 23 des Betriebsrätegesetzes ist ebenfalls noch dem alten Reichstag zu danken. Im neuen Reichstag wurde kurz vor Jahreschluss noch die Erweiterung der Unfallversicherung verabschiedet, ebenfalls die Sonderregelung bei beruflicher Arbeitslosigkeit zum Gesetz über Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung. Der gegenwärtige Reichstag hat reichlich Gelegenheit, in der kommenden Zeit seine sozialpolitische Stärke zu beweisen. Der Erledigung harren das Arbeitsschutzgesetz, das Hausgehilfengesetz, das Berufsausbildungsgesetz.

Daß die in Fluß befindlichen Verhandlungen über die Festsetzung der deutschen Reparations-Jahreszahlungen nicht ohne Einfluß auf die künftige Gestaltung der deutschen Wirtschaft und die Lebenshaltung der Arbeitnehmer sein werden, braucht nur angedeutet zu werden. Die Sicherung einer entsprechenden und ausreichenden Lebenshaltung des deutschen Volkes muß den Tributzahlungen voranzugehen.

Das weitere Steigen der Lebenshaltungskosten machte es den Gewerkschaften zur Pflicht, für ihre Mitglieder eine entsprechende Erhöhung der Löhne zu fordern und durchzuführen. Eine gerechte Verteilung des Ertrages der Wirtschaft war dadurch allerdings noch nicht zu erreichen und bleibt als gewerkschaftliche Forderung auch für die Zukunft bestehen. Es wird allerdings des Einsatzes der gesamten gewerkschaftlichen Kraft bedürfen, um diesem Ziel näher zu kommen.

Leider waren wir auch im vergangenen Jahre gezwungen, unser Recht auf Arbeit und Brot, anlässlich der terroristischen Vorgänge im Münchner Parkettgewerbe zu verteidigen. Wir werden diesen Kampf nicht aufgeben, sondern solange führen, bis jeder Arbeiter, ganz gleich welcher Organisation er angehört, auf jeder Baustelle arbeiten kann.

Durch die Rechtsschutzfähigkeit des Verbandes konnten der Kollegenschaft Tausende von Mark an zuständigen Lohn erkräften und gesichert werden.

Durch unsern eigenen Verbandsarbeitsnachweis konnten 454 Kollegen Stellen vermittelt werden. Insgesamt waren 1010 Arbeitslosenfälle mit 51363 Arbeitslosentagen zu verzeichnen.

Es ist zu erwarten, daß auf die gegenwärtigen Stockungen im Wirtschaftsleben, die stark durch die große Kälte verursacht waren, ein neuer Aufstieg folgen wird. Das Jahr 1928 hat den Beweis erbracht, daß die deutsche Wirtschaft auf einer gesunden Grundlage steht. Wir freuen uns über die Tatsache, hoffen aber, daß andere Volkskreise den Forderungen der Arbeiterschaft auf Mitbestimmung und Mitbestiz in der Wirtschaft das nötige Verständnis entgegenbringen. Wir fordern, daß der Grundsatz: der Mensch des Menschen Bruder, auch im Wirtschaftsleben mehr wie bisher Geltung bekommt.

Zum Schlusse forderte der Berichterstatter die gesamte Kollegenschaft auf, mitzuarbeiten an dem hohen Ziel, das sich die christlichen Gewerkschaften gesteckt haben. Es gilt die Menschheit aus den Verstrickungen des Materialismus zu lösen und eine neue Wirtschafts- und Menschheitsordnung heraufzuführen, die sich wieder von der hohen Warte der ewigen Wahrheiten aus orientiert. In diesem Selbznis klang der starke Beifall aus, der den Worten des Vortragenden folgte.

Im Auftrage des Zentralvorstandes überreichte der Vorsitzende noch den Jubilaren Huber Fr. Jos., Schmuck und Stumpf die Silbernadel und die Ehrenurkunde für 25jährige Mitgliedschaft.

Die alte Vorstandschaft wurde einstimmig unter Zuwahl einiger neuer Beisitzer wiedergewählt.

Freiburg. Der Geschäftsbericht, durch den 1. Vorsitzenden, Kollegen Köppler, auf der Generalversammlung gegeben, zeigte eine besonders gute Entwicklung der Zahlstelle. Der Vorsitzende beschränkte sich in seinem Geschäftsbericht nicht allein auf die Tätigkeit der Zahlstelle, sondern gab auch einen ausführlichen Überblick über das Zielstreben der christlichen Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und hob besonders hervor, daß wir auf dem Gebiete der Sozialversicherung ein gutes Stück weiter gekommen sind. Wenn auch noch Mängel bestehen, wie z. B. in der Arbeitslosenversicherung usw., so zeigt sich, daß unser Gesamtverband mit den auf unserer Seite stehenden Vertretern im Reichstag bemüht ist, Änderungen herbeizuführen, um das Gesetzeswerk vorteilhafter für die Arbeiter zu gestalten. Als nächste Aufgabe ist unbedingt notwendig, daß eine Reform des Betriebsrätegesetzes herbeigeführt wird, sowie ein weiterer Ausbau der Schlichtungsordnung. Dringend notwendig ist, den letzten unorganisierten Holzarbeiter dem Verbands zuzuführen, denn die Maßnahmen des Unternehmertums im vergangenen Jahre in der Großindustrie zeigen uns deutlich den Weg, den das Arbeitgebervolk gehen will. — In der Zahlstelle selbst wurden im abgelaufenen Berichtsjahr 9 Vorstandssitzungen und 12 Sitzungen mit Vertrauensleuten abgehalten. Außerdem besteht die Einrichtung, daß jeden Freitag die Vertrauensleute auf dem Büro erscheinen, um die nötigen Informa-

tionen zu erhalten. Ferner wurden 15 Betriebsversammlungen abgehalten und 10 Mitgliederversammlungen. Erfreulich war, daß in den Versammlungen zu den Vorträgen rege Stellung genommen wurde und dadurch die Versammlungen sich sehr anregend gestalteten. Die Jugendversammlungen ließen manchmal bzgl. des Besuches zu wünschen übrig. Ebenso auch der Auszug, der mit der Jugend stattgefunden hatte. Ein Überblick über die Tätigkeit des Gewerkschaftskartells am Orte bildete den Schluss des Berichtes. Der Kassenbericht des Kollegen Eckerlin ergab, daß die Kasse sich in Ordnung befindet. Die Kassenprüfer hoben hervor, daß die Kassenführung in jeder Weise als muster-gültig bezeichnet werden könne. — Die Wahl der Ortsverwaltung ergab gegenüber dem Vorjahr keine wesentliche Veränderung. Besonders begrüßt wurde, daß unser lang-jähriger Vorsitzender Kollege Köppler, der trotz seines Alters seine Tätigkeit sehr aktiv betreibt, auch in diesem Jahr den Vorsitz wieder übernahm. Den Anregungen der letzten Gaukonferenz nachkommend, wurden auch jüngere Kräfte in den Vorstand gewählt. Nach beendeter Wahl wurde durch den Vorsitzenden ein Programm entwickelt, wie in diesem Jahre in der Zahlstelle die Verbandsarbeit getätigt werden soll. Er wies besonders darauf hin, daß in der Zahlstelle die Jugendgruppe noch weiter ausgebaut werden müsse, ebenfalls sollen auch in diesem Jahre, um auch die Geselligkeit zu pflegen, mehrere Ausflüge mit der Jugend stattfinden, sowie ein Familienausflug. Im Anschluß an die Generalversammlung konnte der Vorsitzende noch die Ehrung unseres Kollegen Schaffart für 25jährige Verbandszugehörigkeit vornehmen. Kollege Schaffart, der zu den tätigen Mitgliedern zählt, gab das Versprechen, daß er auch in dem kommenden Jahre wieder tatkräftig mitarbeiten wolle. — Mit dem Hinweis, daß die neue Ortsverwaltung auch im kommenden Geschäftsjahr alles daran setzen werde, die Zahlstelle weiter vorwärts zu bringen zum Nutzen der Mitglieder am Orte, sowie zum Nutzen des gesamten Verbandes, konnte der Vorsitzende die harmonisch verlaufene Versammlung schließen.

Traulautern. Am 4. Februar hielten wir unsere erste Versammlung in diesem Jahre, die Generalversammlung, ab. Der Besuch war sehr erfreulich. Betriebsangelegenheiten hatten die organisierten Kollegen fast restlos zur Teilnahme veranlaßt. Der Kassierer, Kollege Pet. Hoffmann, gab einen kurzen Bericht über den Stand der Zahlstelle. Im letzten Quartal konnten 12 neue Mitglieder aufgenommen werden. Bei reger Mitarbeit aller Kollegen erhoffen wir im kommenden Jahre einen weiteren Aufschwung. Nur so werden wir in den hiesigen Betrieben Ordnung schaffen können, die Zustände sind sehr verbesserungsbedürftig. Nachdem der Kollege Wittkamp über die gewerkschaftliche Lage berichtet hatte, wurde eifrig der Verbandsstreikfall besprochen und der Kollege Wittkamp zur Verhandlung mit der Firma beauftragt.

Zur Führung der Geschäfte wurde einstimmig der Kollege Hoffmann wiedergewählt, der sich im letzten Jahre das Vertrauen sämtlicher Kollegen erworben hat. Es wird in dieser Versammlung allen Anwesenden zum Bewußtsein gekommen sein, daß nur die Selbsthilfe zum Ziele führen kann. Wenn alle Mitglieder im kommenden Jahr von diesem Bewußtsein beseelt sind, wird der Erfolg uns sicher sein.

Böhrenbach-Schwarzwald. Die Generalversammlung unserer Zahlstelle wurde mit dem Jahres- und Kassenbericht eingeleitet. Beide Berichte ermittelten einen Einblick in die günstige Entwicklung unserer Zahlstelle. Die in Ausführung der Beschlüsse des Verbandstages hier notwendig gewordene Erhöhung des Lokalbeitrages wurde ohne Widerspruch der Mitglieder beschlossen. Die Vorstandswahl erbrachte keine Änderung in der bisherigen Zusammensetzung.

Zurzeit leiden wir stark unter der Wirtschaftskrise, die die Ahrenindustrie betroffen hat. Kurzarbeit in erheblichem Umfang ist durchgeführt. Trotzdem bleiben wir guten Mutes und wollen auch im neuen Jahre treu zum Verbands halten.

Todtnau. Bis zum letzten Platz gefüllt war das Versammlungslokal gelegentlich des Besuches unseres 2. Vorsitzenden, des Kollegen Schick aus Köln. Derselbe stattete mit dem Kollegen Mehl-Freiburg, im Anschluß an eine Landeskonferenz für Württemberg, der hiesigen Zahlstelle einen Besuch ab. Herzliche Begrüßungsworte widmete der 1. Vorsitzende unserer Zahlstelle den beiden oben Genannten und wies auf die nicht beneidenswerte Lage der hiesigen Arbeiterschaft hin. Entlassungen, Kurzarbeit und drohende Lohnabzüge kennzeichneten die augenblickliche Situation. Kollege Schick behandelte in ein-stündigem Vortrag die tarifpolitische Lage im Holzgewerbe. Zum Schlusse seiner Ausführungen ermunterte er zur weiteren Verfolgung unserer alten Ziele und versicherte, daß durch die Umsicht der Führung und treues Zusammenarbeiten der Mitglieder letztlich nur die Verwirklichung unserer Wünsche zu erwarten sei. Die Diskussion, die sich an den Vortrag angeschlossen, war lebhaft und wertvoll. Mit herzlichen Worten dankte Kollege Leberer dem Redner für seine Mühewaltung und erklärte, daß Todtnau auf dem Posten ist, wenn es gilt, gewerkschaftliche Interessen zu vertreten.

Laupheim. Als großes Ereignis betrachteten es unsere hiesigen Kollegen, als sich Kollege Schick gelegentlich einer Teilnahme an der Württembergischen Landeskonferenz auch nach Laupheim verirrte. Das große Interesse unserer hiesigen Kollegen bekundete sich in dem überaus starken Besuch der Versammlung, in der Kollege Schick referierte. Er sprach über Lohn- und Tarifpolitik und schilderte den Zweck

und die Aufgaben des Verbandes. Damit verband er eine grundsätzliche Behandlung unserer Einstellung zur Lohnarbeit und betonte unsere Forderung nach einer besseren Bewertung und Anerkennung der Handarbeit. Die Volksgemeinschaft ist unser Ziel, wollen wir aber unser Ziel erreichen, dann müssen wir die Jugendfrage in unserem Verbands stärker beachten. Die Jugend soll als Bannerträger unserer Ideen die begonnene Arbeit fortsetzen, wenn die heutige Generation dazu nicht mehr in der Lage ist. Wenn alle Kraft in diesem Sinne für unsere großen Ziele eingesetzt wird, wird auch unser Verband wachsen, blühen und gedeihen. Reicher Beifall lohnte die trefflichen Ausführungen und eine lebhafteste Aussprache schloß sich an. Dann wurden noch einige geschäftliche und örtliche Angelegenheiten besprochen und entsprechende Schritte überlegt. Der Schluß der Versammlung klang aus in dem Wunsche, daß das gute Verhältnis zwischen Mitglieder und Leitung des Verbandes auch weiterhin bestehen bleibe und gute Früchte trage zum Vorteile beider.

Kastatt. Unsere Zahlstelle hat vor kurzem einen seiner besten und treuesten Männer, den Vorsitzenden, durch den Tod verloren: Philipp Denu, Schreiner. Er war erst 54 Jahre alt und starb nach dreitägigem Krankenlager an einer Blutvergiftung. Vor 18 Jahren war er von Karlsruhe hierher gekommen, um bei der Firma Gebr. Treßger als Möbelschreiner zu arbeiten. Er hat eigentlich die Idee der christlichen Gewerkschaften, an deren Wiege er als Gründungsmitglied gestanden, hierher gebracht und ist für sie mit seiner ganzen Persönlichkeit eingetreten. Dank seiner Tätigkeit ist der christliche Holzarbeiterverband im größten Betrieb der Holzindustrie hier zu maßgebendem Einfluß gelangt und hat auch in anderen Betrieben Eingang gefunden. Wer weiß, wie dornenvoll die Arbeit für die Gewerkschaften, und namentlich für die christlichen, in Mittelbaden ist, wird die Arbeit Philipp Denu zu schätzen wissen. Wie allen aktiven Naturen wurden auch ihm alle möglichen Ämter, die für die Außenstehenden eine Würde, für die Betroffenen aber eine schwere Bürde sind, aufgelegt. So war er von Anfang an Vorsitzender bzw. Kassierer des Verbandes, Vorsitzender des christlichen Gewerkschaftskartells, mehrere Jahre Mitglied des Betriebsrats seiner Firma, Vorstandsmitglied der Ortskrankenkasse Kastatt-Stadt, Mitglied des Arbeitsgerichts. Überall hat unser Freund Denu seine ganze Kraft für die Sache der Arbeiterschaft eingesetzt und die christlichen Gewerkschaften ehrenvoll vertreten. Als Mann mit geschultem Blick und langer Erfahrung in der Organisationsfähigkeit hat er insbesondere auch den katholischen Arbeiterverein als das notwendige religiöse und kulturelle Gegenstück zur christlichen Gewerkschaftsbewegung betrachtet und ist als Vorstandsmitglied nachdrücklich für diese Idee eingetreten. Die Beisetzung Philipp Denu wurde zu einer eindrucksvollen Kundgebung der Achtung und Ehrung für den Heimgegangenen. Trotz der ungünstigen Tageszeit und der grimmigen Kälte hatte sich eine große Anzahl Mitglieder des Arbeitervereins und des Männergesangsvereins Apollonia mit Fahne, ferner der ganze Vorstand der Ortskrankenkasse, viele Gewerkschafts- und Arbeitskollegen und der Obermeister und ein Teilhaber der Firma Treßger eingefunden. Von allen Organisationen, wie von den Arbeitskollegen und der Firma wurden Kränze mit Worten höchster Anerkennung gewidmet.

Unser treuer Freund und opferbereite Mitarbeiter ist nun von uns geschieden. Möge die Saat, die er in langjähriger opferreicher Arbeit gesät, ihre Früchte zeitigen. Wir aber wollen sein Werk, daß er geschaffen in Ehren halten und seinem Beispiel nachfolgen. Er ruhe im Frieden.

Rundschau.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Reparationsverhandlungen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund erläßt folgende Rundgebung:

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hält es aus Anlaß der gegenwärtigen Verhandlungen über die Regelung der Reparationen im Interesse der in ihm organisierten Arbeiter und Angestellten für seine Pflicht, erneut darauf hinzuweisen, daß die gegenwärtige Reparationsbelastung auf Grund der tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse und Möglichkeiten für das deutsche Volk nicht nur ungerecht, sondern auch untragbar ist. Vor allem werden die Arbeitnehmer sowohl in ihrem Einkommen, wie auch in ihrer Kaufkraft und in ihrem sozialen Aufstieg schwer geschädigt. Deshalb muß bei den gegenwärtigen Verhandlungen von den deutschen Unterhändlern und den dazu berufenen Stellen alles versucht werden, um eine starke Ermäßigung der Gesamt-Reparationslasten zu erreichen. Insbesondere hält der Deutsche Gewerkschaftsbund eine anders geartete Regelung der Reparationslasten der Eisenbahn und ihre Senkung für unbedingt erforderlich.

Alle Veröffentlichungen über die Betriebsergebnisse und Betriebschwierigkeiten bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft haben den Nachweis erbracht, daß infolge der indirekten und direkten Reparationslasten in Höhe von insgesamt 950 Millionen Reichsmark einschließlich der Beförderungsteuer, sogar die Betriebssicherheit der Reichsbahn in stärkster Weise infolge Drosselung aller Ausgabegebiete

Fahrzeugindustrie

Wagen- und Waggonbau, Berufs- und fachkundliche Nachrichten

Aus der Autoindustrie.

Seit längerer Zeit bereits werden Gerüchte verbreitet, daß die Automobilfabrik Opel A.-G. in Rüsselsheim mit der General Motors Corporation in Detroit, Amerika, verhandelt zwecks Bildung einer Interessengemeinschaft. Bisher ist dieses von den Opel-Werken immer in Abrede gestellt worden. Soviel scheint sicher zu sein, daß die großen Automobilfabriken in Amerika den festen Willen haben noch stärker als bisher auf dem europäischen Markt als Konkurrent aufzutreten. Durch die ungeheuere Massenproduktion der amerikanischen Automobil-Industrie wird der dortige Markt einmal übersättigt und es erscheint als folgerichtig, wenn man sich noch stärker als bisher in andern Ländern Absatzgebiete erobern will. Das Jahr 1928 war für die Automobil-Industrie ein Rekordjahr, soll doch die Gesamtproduktion nicht weniger als 4,6 Millionen Kraftwagen erreicht haben. Man staunt, wenn man hört, daß Ford allein, nach der Umgruppierung seiner Werke, drauf und dran ist, 8400 Automobile pro Tag in seinen Werken herzustellen. Recht klein erscheinen dagegen die deutschen Verhältnisse. Die größte Fabrikation hat die Opel A.-G., die angeblich insgesamt etwa 200 Wagen pro Tag herausbringt. Der Horchwagen-8-Zylinder wird mit etwa 10 Stück, der Adler-Standard-Wagen mit etwa 30 und der Rheinwagen Dixi mit ungefähr 35 Stück pro Tag herausgebracht. Angeblich hatte die General-Motors-Corporation schon einmal die Absicht, in Borsigwalde bei Berlin eine Fabrik zu errichten. Diese Absicht scheiterte an der Weigerung der deutschen Behörden, für diese Wagen die Zollrückvergütung für den Veredelungsverkehr zu bewilligen. Später wurde Antwerpen genannt, wo die Fabrikation aufgenommen werden sollte und heute verhandelt man angeblich in Rüsselsheim, um von dort den europäischen Markt zu beliefern.

Aus der Waggonbauindustrie.

Die Vereinigung der Westdeutschen Waggonfabriken, der bekanntlich die Waggonfabriken Weyer-Rüsselsdorf, van der Zypen in Köln-Deutz und Rilling-Sohn in Hagen angehören, hat durch die Übernahme der Waggonfabrik Gastell in Mainz-Mombach, eine Erweiterung erfahren. Die Waggonfabrik Rilling-Sohn in Hagen soll allerdings stillgelegt werden.

Eine Fusion zwischen der Waggonfabrik Tuchs, Heidelberg und der Kastatter Waggonfabrik ist bisher nicht erfolgt. Für solche Bestrebungen setzt sich angeblich die badische Regierung sowie auch die Reichsbahn ein. Die Kastatter-Waggonfabrik weist für das Geschäftsjahr 1927/28 einen Gewinn von Mk. 128 664,21 aus. Der Verlustvortrag aus den früheren Jahren ermäßigt sich dadurch auf rund Mk. 350 000,—. Zurzeit werden etwa 170 Arbeiter beschäftigt. Die Waggonfabrik Tuchs, Heidelberg, hatte sich bekanntlich genötigt gesehen, beim zuständigen Gericht das Vergleichsverfahren zu beantragen.

Norddeutsche Waggonfabrik A.-G., Bremen.

Das am 30. September 1928 abgelaufene Geschäftsjahr schließt mit einem Fabrikationsgewinn von Mk. 1 202 090 (Mk. 1 208 605 im Vorjahr). Aus dem Bericht des Vorstandes geht u. a. hervor, daß im Anfang des Geschäftsjahres teilweise in zwei und drei Schichten gearbeitet werden mußte, daß aber in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres die Beschäftigung zu wünschen übrig ließ. Die Reichsbahn habe zuerst auf beschleunigte Ablieferung ihrer Aufträge gedrängt, später aber mit Erteilung von Aufträgen zurückgehalten. Durch die Hereinnahme von Privat-aufträgen sei es aber möglich gewesen, das Werk, wenn auch nicht voll, so doch einigermaßen erträglich zu beschäftigen. Auslandsaufträge hereinzunehmen sei angeblich wegen zu hoher Gestehungskosten, die über der ausländischen Konkurrenz lägen, nicht möglich gewesen.

Aus dem Bericht der Waggonfabrik A. G. Uerdingen (Rhein), erstattet in der Generalversammlung am 22. Januar d. J. (Uerdinger Volksblatt) geht hervor, daß trotz der Streckungsmaßnahmen der Reichsbahn, das ganze Jahr hindurch gute Beschäftigungsmöglichkeit vorlag. Der Umsatz ist gestiegen von 9 Millionen Mark auf 13,5 Millionen, also um etwa 50%. Die Leistungsfähigkeit einzelner Abteilungen sei auf das Zwei- bis Dreifache gestiegen. Es werden nicht nur Eisenbahnwaggons hergestellt, sondern auch andere Fahrzeuge, ebenso ist angegeschlossen eine Ringfederfabrik und ein Press- und Ziehwerk. Der Gesamtbetrieb wurde vergrößert durch Verlängerung mehrerer Montagehallen, einer neuen Werkstätte und Neubau eines Sägewerkes. Die bisher vom Sägewerk eingenommene Halle benötigt für die immermehr vergrößerte Halle der Omnibus-Stahlaufbauten. Trotz der starken Steigerung des Umsatzes ist angeblich der Gewinn nur wenig gestiegen. Schuld daran soll die Reichsbahn sein, weil man sich auf Bestellung gleichbleibender Wagentypen eingerichtet habe, die dann

ausblieb und der Maschinenpark wieder umgruppiert werden mußte. Wie hoch der Gewinn ist geht aus dem Bericht nicht hervor. Es werden 7% Dividende (im Vorjahr 5%) verteilt. — Von dem Zusammenschluß einiger Werke wie es in letzter Zeit beispielsweise zu verzeichnen ist, verspricht sich die Verwaltung wenig, weil dadurch wohl die Zahl der selbständigen Werken zurück gehe, aber nicht die Zahl der Fabrikationsstätten. Es bestehe heute im Waggonbau ein Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage und damit verbunden ein starker Preisdruck für die hergestellten Produkte. — Die Aussperrung in der Nordwestgruppe soll angeblich die Monate November, Dezember und Januar ungünstig beeinflusst haben. Die Materialanlieferung sei ins Stocken gekommen und die Ablieferungen seien hinter dem vorgesehenen Umsatz zurückgeblieben während die Unkosten im vollen Umfang bestehen blieben. Das ist übrigens sehr interessant, denn bei der bekannten Einstellung der Verwaltung der Uerdinger Waggonfabrik A. G. ist es wohl anzunehmen, daß sie die Aussperrungsmaßnahmen der Unternehmer in der Nordwestgruppe gebilligt hat. Heute jammert man über den Schaden der damit ausgerichtet wurde.

Selbstverständlich darf in dem Bericht der Hinweis auf die so hoch gestiegenen Löhne nicht fehlen. An den Löhnen soll es sogar liegen, daß das Auslandsgeschäft angeblich zurückgegangen ist. Um mit solchen Behauptungen Eindruck zu machen vergleicht man die Löhne von 1924 mit denen von 1928 und rechnet eine Steigerung von 40% heraus. Der DurchschnittsStundenverdienst eines Facharbeiters soll gestiegen sein von 73 Pfg. im Jahre 1924 auf 102 Pfg. im Jahre 1928. Wenn man bedenkt, daß dieses Akkordverdienste sind, erarbeitet unter den schwersten körperlichen Anstrengungen, dann fehlt uns der parlamentarische Ausdruck um das Gebahren richtig zu kennzeichnen solche Stundenverdienste als Gefahr für die deutsche Wirtschaft hinzustellen. Die Verwaltung der Uerdinger Waggonfabrik A. G. sieht aber nicht einmal wie sie sich mit ihren Angaben selbst widerlegt. Die Zahl der Belegschaft, also wohl Arbeiter und Angestellte zusammen betrug nach dem erwähnten Bericht am Anfang des Geschäftsjahres 1252 und stieg auf 1513 am Ende desselben (30. September 1928), also um rund 20,8%. Im Jahresdurchschnitt verringert sich der Satz ganz erheblich, vielleicht auf 10—12%. Nun beachte man: In einzelnen Abteilungen eine Leistungssteigerung um das zwei- bis dreifache. Innerhalb des Geschäftsjahres eine Steigerung des gesamten Umsatzes um 50%, trotzdem das Gesamtergebnis der Produktion noch ungünstig beeinflusst wurde durch verschiedene Umgruppierungen eines Teiles des Maschinenparks. Diesen Ergebnissen eines einzigen Jahres steht eine Steigerung des Stundenverdienstes gegenüber von, sage und schreibe 40% seit 1924, einem Jahre wo anerkannter Maßen das Lohnniveau weit unter das Existenzminimum gesunken war. Die Leistungssteigerung pro Arbeiter innerhalb eines Jahres entspricht also ungefähr der Lohnsteigerung seit 1924. Die Arbeiter der Uerdinger Waggonfabrik A. G. haben an dem wirtschaftlichen Aufschwung ihres Werkes keinen Anteil, sie sind in anbeacht der seit 1924 gestiegenen Lebenshaltungskosten stehen geblieben. Uns wundert das nicht. „Wer sich alles gefallen läßt, dem wird man alles bieten“. So oder doch ähnlich hat es einmal in der Werkzeitung, die die Uerdinger Waggonfabrik ihren Arbeitern kostenlos liefert, gestanden und danach scheint die Verwaltung zu handeln. Die Arbeiterschaft aber sieht die Richtigkeit des Spruches nicht ein, sie ist zum großen Teil unorganisiert.

Noch ein besonderes Wort an die Holzarbeiter der Uerdinger Waggonfabrik. In Nr. 1 der vorhin erwähnten Werkzeitung wird der Arbeiterschaft „ein Glückwunsch zum neuen Schaffen“ zugerufen. In diesem Glückwunschartikel zum Jahreswechsel wird nun möglichst „grau in grau“ gemalt und über das Jahr 1929 urteilt der Artikelschreiber, nachdem er vorher auf einen Aufschwung in der Schwerindustriellen Bergwerkzeitung über die kleinen Beschäftigtenfabriken im Hagener Bezirk aufmerksam macht, folgendermaßen: „Wenn ich daher auf die Ausichten des neuen Jahres eingehe, so sehe ich vor mir einen hohen Berg voll Sorgen. Der Berg ist so steil, daß ein Hinüberkommen fast unmöglich erscheint. Das Jahr 1929 müssen wir als ein Krisenjahr erster Ordnung bezeichnen. Die schicksalsschweren Reparationsverhandlungen stehen vor der Tür. Neue riesenhafte Steuerlasten und eine zurückgehende Konjunktur werden die Folge sein.“ Es scheint überhaupt die Aufgabe der Werkzeitung zu sein, den Arbeitern dauernd vorzuredigen wie schlecht es der deutschen Wirtschaft geht, damit sie sich ja einschränken und nicht auf den Gedanken kommen, daß auch für sie einmal etwas abfiele. Die Arbeiter sollen mutlos gemacht werden und der Glaube an die eigene Kraft, an die Kraft ihrer gewerkschaftlichen Selbsthilfe-Organisationen soll ihnen genommen werden. Oder tue ich der Werkzeitung Unrecht? Ich sehe, sie lobt auch, wo nach ihrer Ansicht ein Lob angebracht ist. Es ist das Arbeitsbüro, das lobend erwähnt wird. Aber den

Wissenden steigt ein bitterer Geschmack auf, denn das Arbeitsbüro ist im Werk die Stelle wo dauernd ausgeklügelt wird wie noch „rationeller“ gearbeitet werden kann, und da das Herabdrücken der Akkordpreise am wenigsten „Gehirnschmerz“ kostet, wird dieses immer zuerst versucht und bei der Uneinigkeit der Arbeiter auch durchgeführt. Das Arbeitsbüro wird natürlich bestrebt sein, sich des Lobes würdig zu erweisen und auch den Wink in der Werkzeitung, „... daß noch ein weit innigeres Zusammenarbeiten erforderlich ist“, verstehen. Der Artikel-Schreiber hat ja schon vorgearbeitet, indem er von dem „Hohen Berg voll Sorgen usw.“ schrieb. Daran sollen die Arbeiter denken, wenn die Akkordpreise gedrückt werden wie es des öfteren schon geschehen und bei einzelnen Arbeitern angeblich auch jetzt wieder beabsichtigt ist.

Die Akkordfrage wäre übrigens Wert einmal besonders behandelt zu werden um der Arbeiterschaft zu zeigen wie stark sie sich schädigt, wenn ein Arbeiter in seinem Nebenkollegen den Konkurrenten sieht. Heute sei nur auf folgenden Übelstand aufmerksam gemacht. Es wird in Minutenakkord gearbeitet. Da die Akkorde in der Hauptsache nur „von oben“ festgesetzt werden, gibt es Artikel bei denen selbst beim angestrengtesten Schaffen kein Auskommen ist,

bei einigen andern mag es gerade noch so angehen. Bekommt nun ein Arbeiter zum Teil gute und zum Teil schlechte Akkorde, dann gleicht er aus und am Ende der Lohnperiode hat er auch bei den schlecht bezahlten Artikeln noch einige Pfennige überverdient. Wehe aber dem armen Teufel der nur schlechte Akkorde bekommt; er kann sich tot arbeiten und bleibt doch hinter dem Durchschnittsverdienst zurück. Eine Beschwerde beim Meister nutzt ihm nichts, denn der stößt ihn nur mit der Nase in's Lohnbuch und zeigt ihm, daß andere bei den gleichen Artikeln und gleichen Preisen noch etwas überverdient haben, daß der Akkordpreis also richtig ist und die Schuld nur beim Arbeiter liege. Daß bei einem solchen System auch der Günstlingswirtschaft Tür und Tor geöffnet ist, liegt auf der Hand. Solche die etwas gut angesehen sind bekommen schon Arbeiten wo sie auskommen können, die andern mögen sehen wie sie fertig werden. Wann werden die Holzarbeiter der Uerdinger Waggonfabrik einsehen, daß sie sich dem Zentralverband christlicher Holzarbeiter wieder stärker anschließen müssen? Wenn es nicht bald geschieht, dann wird der „Berg von Sorgen“ für sie so hoch und steil werden, daß sie dann nicht mehr die Kraft aufbringen, hinüber zu kow

im gewöhnlichen Leben unehrlich und verlogen. Dabei sind sie in der letzten Sitzung des Reichstages so gründlich hereingefallen, daß ihnen selber die Spucke wegblieb.

Sie hatten einmal wieder die Erwerbslosennot dazu mißbraucht, um ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen. Sie brachten nämlich im Reichstag den Antrag ein, die Krisenfürsorge auf alle Verufe auszudehnen, die Bezugsdauer für die Krisenunterstützung auf 52 Wochen zu verlängern und die Bezugsdauer der Krisenunterstützung für Erwerbslose über 40 Jahre auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit auszudehnen. Daß eine so weitgehende Unterstützungsverlängerung im Augenblick einfach unmöglich ist, darüber war sich die sozialdemokratische Regierungspartei vollständig klar. Aber sie mußte ja, die anderen taten ihr schon den Gefallen, die Karre ins richtige Geleise zu schieben. Dabei konnten sie dann so nebenbei ganz weidlich die „Unzulänglichkeit“ derer „anprangern“, die ihren erwerbslosenfreundlichen Antrag „zu Fall brachten“. Diesmal aber kam's anders. Das Zentrum erklärte sich für den Antrag, und nun bekamen es die Großredner knüppeldicke mit der Angst zu tun. Schleunigst zogen sie ihren Antrag zurück, und als später die Kommunisten den Antrag wieder aufnahmen, stimmten die Sozialdemokraten dagegen. So kann es kommen, wenn man so tut, als ob man nicht regiert, den andern die unangenehmen Brocken hinschmeißt und dann nachher doch regieren muß. Die Blamage ist von einer geradezu unwiderstehlichen Komik, wie sie halt nur Leuten passieren kann, denen das Großsprechen zur zweiten Natur geworden ist. Die Hoffnung, daß der Hereinfall die Gesinnung der Sozialdemokraten nach der Richtung der Anständigkeit hin ändern wird, dürfte wohl vergeblich sein. Niemand kann aus seiner Haut heraus.

gefährdet wird. Infolgedessen kann die heutige Reparationsbelastung der Eisenbahn auf längere Zeit nicht ertragen werden. Dabei ist gleichzeitig der Gedanke in den Vordergrund zu stellen, die Reichsbahn aus der besonderen Haftung für die Reparationszahlungen herauszunehmen. Nur so erhält das wichtigste deutsche Verkehrsmittel, das im Dienste der Allgemeinheit steht, die Möglichkeit eines geordneten, gesicherten Aufbaues, einer wirtschaftlich erträglichen Tarifgestaltung und einer gesunden Personalpolitik.

Die Konsumgenossenschaften zur Reparationsfrage. Auf der Verbandsauskunftagung des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine e. V., Köln berichtete Generaldirektor Schlack, M. d. R., über die Lage der Wirtschaft und der Konsumgenossenschaftsbewegung. Die Konsumgenossenschaften haben auch im vergangenen Jahre weitere Fortschritte gemacht. Der Gesamtumsatz der Genossenschaften des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine betrug 1928 RM. 183 600 000.—, der Gesamtumsatz der „Sepag“, Großverkaufs- und Produktions-Aktien-Ges. deutscher Konsumvereine RM. 61 362 000.—. Die Warenzentrale hat demnach 33,4% vom Umsatz der Verbandsgenossenschaften erfasst. Die Ausführungen des Verbandsvorsitzenden gingen auch auf die jetzt in Paris stattfindende Sachverständigen-Konferenz ein. Es wurde folgende Entschliebung angenommen:

Entschliebung

betreffend Reparationsleistungen.

Der Vorstand und der Ausschuß des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine e. V., zu Köln gestatten sich, der Reichsregierung ihre große Besorgnis gegenüber den Beratungen der Sachverständigen in Paris zum Ausdruck zu bringen. Diese Besorgnis ist um so größer, als bisher bei den Reparationsgläubigern nicht einmal die unumstößliche Tatsache anerkannt ist, daß ein Volk allein überhaupt nicht die wirtschaftliche Kraft besitzt, die gesamten Lasten des Weltkrieges zu tragen.

Wenn alle Kulturvölker der Welt, mit Ausnahme des nordamerikanischen, nur mit fast untragbaren Steuerlasten in der Lage sind, ihren Haushalt in Ordnung zu halten, um wieviel weniger kann das deutsche Volk, das alle Lasten des Besiegten trägt, auch noch die Kriegslasten der Sieger tragen.

Jede, auch nur mäßige Reparationszahlung bedeutet eine starke Verringerung der Kaufkraft der breiten Schichten des deutschen Volkes. Sobald der Zufluß ausländischen Geldes eine starke Verminderung erfährt, wird die Kaufkraft auf ein Minimum sinken, durch die verringerte Produktion die schon jetzt unerträglich hohe Arbeitslosenziffern noch weiter steigen, und so das Lebensniveau der breiten Schichten auf ein der Kultur eines großen, für die Entwicklung der Gesamtkultur unentbehrlichen Volkes nicht entsprechendes Niveau heruntersinken.

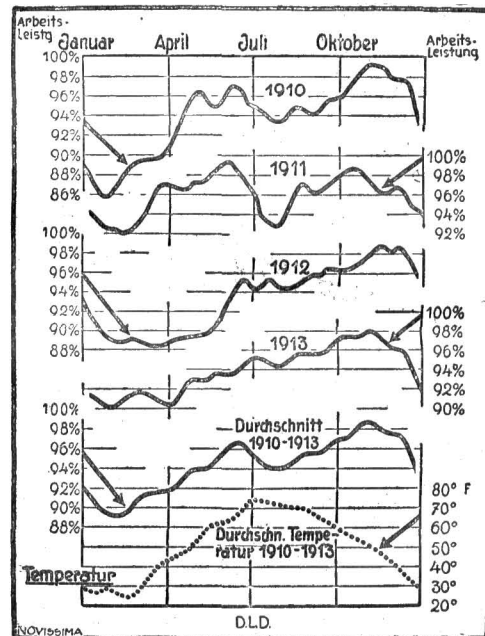
Vorstand und Ausschuß des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine bitten deshalb die Reichsregierung, jede Neuregelung, die auch nur einen größeren Teil der heutigen Reparationslasten uns aufbürdet, im Interesse der Lebensmöglichkeiten der breiten Schichten abzuwehren.

Erwerbslosennot und Parteitagitation. Es ist schon immer so gewesen, daß Worthelden und Menschen, die mit einer großen Geste ein Füllhorn von Versprechungen über die zu beglückende Menschheit ausgossen, sobald es ernst wurde, Angst vor der eigenen Courage bekamen. Bekannt ist die Fabel von dem Herrgott selber, so daß die Bauern staunten ob seiner Weisheit. Wie der Herrgott ihm nun das Wetter machen anvertraute, da wurde er schon recht unsicher, und nach ein paar Tagen war es so weit, daß die ob des Luderwetters empörten Bauern ihn windlos zurück hauen wollten, hätte er sich nicht rechtzeitig vom Wettermachen zurückgezogen. Aber das lose Maul hat er derweil doch nicht halten können. Das war ihm als böses Erbteil in die Wiege gelegt worden, und so konnte er davon nicht lassen, solange er eben dafür nicht einzustehen brauchte.

Nun sind unsere modernen „Himmel-auf-Erden“-Agitatoren gewißlich gerissener wie unser Bäuerlein. Wenn die auf dem Regierungswagen sitzen, dann kochen sie zwar genau so mit Wasser wie die anderen. Höchstens daß die Suppe für die breite Masse noch etwas länglicher und gesalzener ausfällt. Aber sie reden weiter und reden so lange, bis jede Ungläubigkeit an die erreichte „höchste Glückseligkeit“ zum Schweigen gebracht ist. Das typischste Beispiel dafür ist Sowjetrußland. Hier konnten die Altmarxisten ungestört ihr Programm in die Praix umsetzen. Das machten sie so, daß außer dem Hohen Rate der Volkskommissare niemand mehr etwas zu sagen hat. Wer es dennoch tut, wird erschossen oder ausgewiesen. Von Menschenfreundlichkeit und guter Entlohnung merken die russischen Arbeiter weniger noch denn vordem. Aber gut bezahlte Agenten verkünden daheim und draußen den Ruhm des „Sowjetparadieses“. Wer daran zu zweifeln wagt, wird daheim kaltgestellt und draußen niedergebriillt.

Da sind die Sozialdemokraten in Deutschland doch bestimmt nettere Menschen. Wenigstens äußerlich. Sie haben in der hohen Schule der Diplomatie manches gelernt. Nun wollen sie gerne regieren, gleichzeitig aber auch an Agitationsversprechungen ihren kommunistischen Brüdern nichts nachgeben. Das machen sie dann so, daß sie als Regierungspartei die unmöglichsten Anträge stellen, von denen sie genau wissen, daß ihre Minister sie einfach nicht durchführen können. Da sie zudem auch wissen, daß die bürgerlichen Parteien, auch wenn sie nicht in der Regierung sitzen, mehr Verantwortung haben als sie selber, überlassen sie die Verantwortung, ihren Ministern das Regieren möglich zu machen, den anderen. Das nennt man

Gewerkschaftliches.



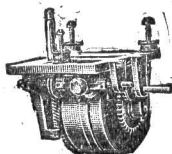
Der Einfluß der Jahreszeiten auf die Arbeitsleistung.

Nach Untersuchungen des Amerikaners E. Huntington, die sich auf eine verhältnismäßig große Anzahl von arbeitenden Menschen in Fabriken und Schulen der Vereinigten Staaten erstreckten, sind die folgenden Einflüsse von großer Bedeutung, und zwar in der folgenden Anordnung abgestuft von minderem zu höherem Range: 1. Wechsel von heiteren zu bewölkten Tagen, 2. Wechsel der Temperaturen von Tag zu Tag, 3. Feuchtigkeit, 4. geringe Temperatur, 5. Jahreszeiten (4 Jahre im Durchschnitt), 6. einzelne Jahre in bezug auf Wirkung der Jahreszeiten.

Bücher und Schriften

bezieht der christliche Gewerkschafter durch die Buchhandlung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Sprechmaschinen-Laufwerke



z. Selbst-**la. Doppelschneckenfederwerk einbauen (2 Stck. 30 cm Platten spielend)** nebst allem Zubehör (wie Mutter, Gummiunterlagen, Bremse, Regulator, Kurbel mit Rosette, 25 cm-Plattenteller mit Tuchbezug, Nickelklappbügelarm, la. Aluminium-Schalldose nur Versand p. Nachnahme, Tonführungen aus Holz und Metall. Katalog gratis und franko von

Robert Husberg - Neuenrade i. W. No. 9

Intarsien aller Art
Neuer Katalog gegen 0,50 M.
in Briefmarken.

E. Biller, Heidelberg
Theaterstraße 711

Bei Bestellungen beziehe man sich immer auf unsere Zeitung:

Der Holzarbeiter



Einzahlg.: Deutsche Volksbank, Essen, Postsch.-R. Nr. 16406

Ia. Hobelbänke

beste südd. Ausführung. Blatt und Gestell aus gedämpftem, trockenem Buchenholz, mit Stahlschneidern

zum Reklamepreis à Stück 95,- M.

frei jeder Station. Abbildungen gratis. Ia. Referenzen. Weißbuchene polierte Hobel, Schraubenzwingen, Zugenleimer, Schleifmaschinen, Furnierböcke usw. Werkzeugprospekte gegen 30 Pfg. Briefmarken.

Nichtgefallendes nehme ich zurück.

M. Walther, Dresden-N.
Rehefelder Str. 53 a.